

Betriebsverfassungsrecht

Von

Dr. Klaus Pawlak

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht

und

Jan Ruge

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
ESV.info/978 3 503 12617 0

ISBN 978 3 503 12617 0

ISSN 1614-9203

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2010
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO Norm 9706.

Gesamtherstellung: Danuvia Druckhaus, Neuburg/Donau

Vorwort

Das Betriebsverfassungsrecht ist in der täglichen Praxis vieler Personalabteilungen von überragender Wichtigkeit. Besteht in einem Unternehmen ein Betriebsrat, stellt sich neben der Frage, welche Mitbestimmungsrechte diesem zustehen, eine Vielzahl weiterer Fragen, z.B. welche Rechte das einzelne Betriebsratsmitglied im Hinblick auf Freistellungen und Schulungsmaßnahmen usw. hat.

Dieses Buch soll für ausgewählte Fragestellungen eine praxistaugliche Arbeitshilfe sein. Es hat nicht den Anspruch, eine umfassende Darstellung des Betriebsverfassungsrechts zu sein. Vielmehr soll der praktische Nutzwert im Vordergrund stehen. Dem Rechtsanwalt bzw. dem Rechtsanwender aus der Personalabteilung sollen punktuelle Probleme des Betriebsverfassungsrechts, die nach unserer Erfahrung immer wieder auftreten, leicht und verständlich dargestellt werden. Die Beschränkung auf einzelne Fragestellungen erfordert, dass die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats nicht im Einzelnen dargestellt werden können. Statt langatmigen wissenschaftlichen Ausführungen soll dem Leser in übersichtlicher Form aufgezeigt werden, wie sich die theoretischen Ausführungen in anderen Büchern zum Betriebsverfassungsgesetz in die Praxis umsetzen lassen.

Diese Zielsetzung erfordert aus unserer Sicht eine Beschränkung auf die höchstrichterliche Rechtsprechung und die herrschende Meinung in der Literatur. In der Literatur vertretene Einzelmeinungen oder Einzelfallentscheidungen bestimmter Arbeitsgerichte können nicht dargestellt werden. Jeder einzelne Themenkomplex enthält dafür Praxishinweise, Muster oder Formulierungsbeispiele. So soll z.B. ganz konkret aufgezeigt werden, was alles in einem Einigungsstellenverfahren zu beachten ist: Wie wird eine Einigungsstelle vorbereitet? Wie wird der Vorsitzende der Einigungsstelle gefunden? Wie wird abgerechnet?

Hierbei wird ganz bewusst die Sicht des Arbeitgebers eingenommen. Eine Betrachtung des Betriebsverfassungsrechts aus dem Blickwinkel der Personalabteilungen fehlt bisher in der arbeitsrechtlichen Literatur. Die systematischen Kommentierungen zum Betriebsverfassungsrecht können diese Lücke nicht schließen. In gleicher Weise gilt dies für verschiedene Lexika oder Formularsammlungen zum Betriebsverfassungsrecht, zumal diese häufig auf den Betriebsrat zugeschnitten sind oder nur einzelne Themenabschnitte (z.B. Wahlvorschriften) berühren. Das Buch wendet sich daher in erster Linie an Personalabteilungen sowie Rechtsanwälte, die Unternehmen beraten.

Danken für die wertvolle Unterstützung bei der Erstellung dieses Buches möchten wir vor allem den Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten Michael Geißler, Julia Carolin Fröhlich, Justus Maerker, Dr. Philipp Leydecker, Dr. Martin Lüderitz, Dr. Stefan Koop, Tobias Berdesinski, Georg Kalenbach, Jan Dröll sowie Dr. Christian von Tiling.

Für Kritik, Ergänzungsvorschläge oder sonstige Hinweise – per E-Mail an klauspawlak@rugekroemer.de – sind wir dankbar. Lediglich der Vollständigkeit halber möchten wir abschließend darauf hinweisen, dass die Muster und Formulierungshilfen etc. allgemeine Vorschläge sein sollen, selbstverständlich im konkreten Einzelfall aber keine anwaltliche Beratung ersetzen.

Hamburg, im März 2010

Dr. Klaus Pawlak / Jan Ruge

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis	9
Abkürzungsverzeichnis	21
Kapitel 1 Der Schulungsanspruch des Betriebsratsmitglieds	
I. Allgemeines	27
II. Teilnahme an Schulungsveranstaltungen gemäß § 37 Abs. 6 BetrVG	28
III. Teilnahme an Schulungsveranstaltungen nach § 37 Abs. 7 BetrVG	50
IV. Besonderheiten	51
V. Checkliste	55
Kapitel 2 Kosten des Betriebsrats	
I. Grundsatz	59
II. Rechts- und Regelungsstreitigkeiten	61
III. Reisekosten	73
IV. Bereitstellung von Räumlichkeiten und Sachmitteln	75
V. Sachverständige	84
VI. Sprechstunden	87
Kapitel 3 Die Einigungsstelle	
I. Einleitung	91
II. Arten der Einigungsstelle	91
III. Bildung der Einigungsstelle	94
IV. Mitglieder der Einigungsstelle	97
V. Verfahren	98
VI. Einigungsstellenspruch	101
VII. Gerichtliche Überprüfung des Beschlusses	102
Kapitel 4 Anhörung des Betriebsrats bei Kündigungen	
I. Beteiligung des Betriebsrats nach § 102 Abs. 1 BetrVG	107
II. Beteiligung des Betriebsrats nach dem Kündigungsschutzgesetz	144
III. Beteiligung des Betriebsrats nach § 102 Abs. 6 BetrVG	144
Kapitel 5 Verhandlung von Interessenausgleich und Sozialplan	
I. Beteiligungsrecht des Betriebsrates bei Betriebsänderung	149
II. Interessenausgleich	159
III. Strategie und Taktik im Vorfeld von Betriebsänderungen	169

IV. Sozialplan	175
V. Strategie und Taktik bei Interessenausgleichs- und Sozialplan- verhandlungen	191
VI. Streitigkeiten	202
Kapitel 6 Kündigung von Betriebsratsmitgliedern	
I. Einleitung	211
II. Allgemeines	211
III. Umfang des Kündigungsschutzes	215
Kapitel 7 Der Abschluss von Betriebsvereinbarungen	
I. Betriebsvereinbarungen	229
II. Beispiel einer Betriebsvereinbarung	257
Kapitel 8 Bevorstehende Wahl eines Betriebsrats	
I. Voraussetzungen für die Errichtung eines Betriebsrats	263
II. Größe und Zusammensetzung des Betriebsrats	272
III. Die Wahl des Betriebsrats	276
IV. Rechtsbehelfe	296
Kapitel 9 Freistellung und Vergütung der Betriebsratsmitglieder	
I. Einleitung	313
II. Arbeitsfreistellung	313
III. Vergütung während der Freistellung	336
Kapitel 10 Betriebsversammlung	
I. Allgemeines zur Betriebsversammlung	351
II. Immanente Grundsätze einer Betriebsversammlung	355
III. Rechte und Pflichten des Arbeitgebers in der Betriebsversamm- lung	361
IV. Zeitliche Lage der Betriebsversammlung u. Vergütungsanspruch, § 44 BetrVG	366
V. Besondere Versammlungen	369
Literaturverzeichnis	373
Stichwortverzeichnis	375

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort.....	5
Inhaltsübersicht.....	7
Abkürzungsverzeichnis.....	21

Kapitel 1 Der Schulungsanspruch des Betriebsratsmitglieds

I. Allgemeines	27
II. Teilnahme an Schulungsveranstaltungen gemäß § 37 Abs. 6 BetrVG	28
1. Inhalt der Schulung	29
a) Grundkenntnisse	29
b) Spezialkenntnisse	31
aa) Schulungen zum Thema „Menschengerechte Gestaltung der Arbeit“ und „Beschäftigungssicherung und Innovation“	33
bb) Schulungen zum Thema „Mobbing“	33
cc) Schulungen zu neuen Gesetzen	34
dd) Schulungen zu tarifvertraglichen Bestimmungen	34
ee) Schulungen zum Abschluss eines Sozialplans ..	34
ff) Schulungen zur Bildung eines Konzernbetriebsrats.....	34
gg) Schulungen zu Strafvorschriften gemäß §§ 119, 120 BetrVG	35
hh) Rhetorik- und Verhandlungsführungsseminare... ..	35
jj) Schulungen zu Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz	36
kk) Schulungen zur Einführung und Anwendung von Datenverarbeitungssystemen.....	37
ll) Schulungen zum Datenschutz.....	37
mm) Schulungen zur Rechtsprechung des BAG und der LAG	38
nn) Schulungen zu Fragen des betrieblichen Umweltschutzes	38
2. Kursteilnehmer.....	38
3. Dauer der Schulung, Veranstalter, Zeit und Ort	40
4. Entgeltausfall	42

5.	Kosten	43
a)	Vorherige rechtzeitige Information	43
b)	Umfang der Kostentragungspflicht	45
6.	Beschlussfassung	48
7.	Durchsetzung	50
III.	Teilnahme an Schulungsveranstaltungen nach § 37 Abs. 7 BetrVG	50
IV.	Besonderheiten	51
1.	Endphase der Amtsperiode	51
2.	Ersatzmitglieder	52
3.	Mitglieder von Ausschüssen	52
a)	Mitglieder des Wirtschaftsausschusses	52
b)	Mitglieder in anderen Ausschüssen oder Arbeits- gruppen	53
4.	Abmahnung	53
5.	Streitigkeiten	53
a)	Streit über die Erforderlichkeit	53
b)	Streit über die Berücksichtigung betrieblicher Notwendigkeiten	54
V.	Checkliste	55

Kapitel 2 Kosten des Betriebsrats

I.	Grundsatz	59
II.	Rechts- und Regelungsstreitigkeiten	61
1.	Lohnansprüche des Betriebsratsmitglieds	62
2.	Notwendige Kosten	62
3.	Kosten des Rechtsanwalts	64
4.	Kosten des Einigungsstellenmitglieds	69
III.	Reisekosten	73
IV.	Bereitstellung von Räumlichkeiten und Sachmitteln	75
1.	Grundsatz	75
2.	Bereitstellung von Räumlichkeiten	76
3.	Bereitstellung von Sachmitteln	77
a)	Informations- und Kommunikationstechnik	78
b)	Literatur	79
c)	Schwarzes Brett	81
d)	Elektronische Kommunikationssysteme	82
e)	Büropersonal	83

f) Bekanntgabe der Kosten der Betriebsratsstätigkeit. . .	83
V. Sachverständige.	84
VI. Sprechstunden.	87

Kapitel 3 Die Einigungsstelle

I. Einleitung	91
II. Arten der Einigungsstelle.	91
1. Einigungsstelle im Einzelfall oder ständige Einigungsstelle?	91
2. Erzwingbare oder freiwillige Einigungsstelle?	92
a) Erzwingbare Einigungsstelle	93
b) Freiwillige Einigungsstelle	93
III. Bildung der Einigungsstelle	94
IV. Mitglieder der Einigungsstelle	97
1. Allgemeine Vorgaben	97
2. Vorsitzender	97
3. Beisitzer	97
V. Verfahren	98
1. Einleitung	98
2. Verfahren vor der Einigungsstelle	99
3. Verfahren in der Einigungsstelle	100
VI. Einigungsstellenspruch	101
VII. Gerichtliche Überprüfung des Beschlusses	102

Kapitel 4 Anhörung des Betriebsrats bei Kündigungen

I. Beteiligung des Betriebsrats nach § 102 Abs. 1 BetrVG . . .	107
1. Vorbemerkung	107
2. Anwendungsbereich.	107
3. Das Anhörungsverfahren im Überblick	111
4. Einleitung des Verfahrens	113
5. Umfang der Anhörung	115
6. Inhalt der Anhörungsmitteilung	116
a) Allgemeine Informationen	116
b) Kündigungsgründe – Subjektive Determination . . .	117
aa) Anhörung bei personenbedingter Kündigung . . .	119
bb) Anhörung bei verhaltensbedingter Kündigung . .	119
cc) Anhörung bei betriebsbedingter Kündigung . . .	120

dd) Anhörung bei der Änderungskündigung	122
ee) Anhörung bei der außerordentlichen Kündigung	122
ff) Anhörung bei der Verdachtskündigung	123
gg) Anhörung bei Arbeitnehmern ohne Kündigungsschutz	124
c) Nachschieben von Kündigungsgründen.	124
d) Wiederholungskündigung	125
7. Anhörungsverfahren	126
8. Abschluss des Verfahrens	127
a) Handlungsmöglichkeiten des Betriebsrats bei der ordentlichen Kündigung	128
b) Handlungsmöglichkeiten bei außerordentlicher Kündigung	129
9. Fristabreden	130
10. Widerspruch des Betriebsrats	131
a) Widerspruchsfrist	132
b) Form des Widerspruchs	132
c) Widerspruchsgründe	133
d) Widerspruch bei Änderungskündigung	135
e) Widerspruch bei außerordentlicher Kündigung.	135
f) Rechtsfolgen.	136
11. Kündigung nach Verfahrensabschluss.	136
12. Mängel des Anhörungsverfahrens.	137
13. Verwertungsverbot	139
a) Verstoß gegen betriebsverfassungsrechtliche Vorgaben	139
b) Betriebsverfassungsrechtliche Unwirksamkeit	140
c) Nachschieben von Gründen	141
d) Auflösungsantrag nach § 9 KSchG.	143
II. Beteiligung des Betriebsrats nach dem Kündigungsschutzgesetz.	144
III. Beteiligung des Betriebsrats nach § 102 Abs. 6 BetrVG	144

Kapitel 5 Verhandlung von Interessenausgleich und Sozialplan

I. Beteiligungsrecht des Betriebsrates bei Betriebsänderung	149
1. Allgemeine Voraussetzungen	150
a) Größe des Unternehmens	150
b) Wesentliche Nachteile für die Arbeitnehmer.	151
c) Erheblicher Teil der Belegschaft	152

2.	Besondere Voraussetzungen	152
a)	Stilllegung und Einschränkung, Personalabbau	153
b)	Verlegung, Zusammenschluss und Spaltung	155
c)	Änderung von Betriebsorganisation, Betriebszweck und Betriebsanlagen	156
d)	Einführung neuer Arbeitsmethoden oder Fertigungsverfahren	157
3.	Unterrichtungspflicht des Arbeitgebers	157
II.	Interessenausgleich	159
1.	Rechtsnatur und Zweck	159
2.	Formerfordernisse	161
3.	Interessenausgleich in der Insolvenz	162
4.	Scheitern einer Einigung	162
5.	Typische Regelungsinhalte	164
6.	Musterinteressenausgleich	165
III.	Strategie und Taktik im Vorfeld von Betriebsänderungen . .	169
1.	Auswahl des „richtigen“ Betriebsrats	169
2.	Vermeidung interessenausgleichspflichtiger Betriebs- änderungen	171
3.	„Rechtzeitige und umfassende“ Unterrichtung des Betriebsrats	173
IV.	Sozialplan	175
1.	Rechtsnatur und Zweck	176
2.	Inhalt des Mitbestimmungsrechts	178
3.	Einschränkung der Sozialplanpflicht	179
a)	Personalabbau	179
b)	Neugegründete Unternehmen	180
4.	Scheitern der Verhandlungen	181
5.	Typische Regelungsinhalte	182
6.	Mustersozialplan	185
V.	Strategie und Taktik bei Interessenausgleichs- und Sozial- planverhandlungen	191
1.	Erzeugen und Nutzen von Zeit- und Kostendruck	193
2.	Rahmen-Interessenausgleich und -Sozialplan	195
3.	Durchsetzung von Kernforderungen	197
4.	Vermeidung des Scheiterns der Verhandlungen	200
5.	Der Weg über die Einigungsstelle	201
VI.	Streitigkeiten	202
1.	Mögliche Vorgehensweisen des Betriebsrats	202

2. Abwehr von Unterlassungsansprüchen des Betriebsrats.	204
--	-----

Kapitel 6 Kündigung von Betriebsratsmitgliedern

I. Einleitung	211
II. Allgemeines	211
1. Persönliche Anwendbarkeit	211
2. Dauer des besonderen Kündigungsschutzes	212
3. Wirksame Bestellung als Voraussetzung	214
III. Umfang des Kündigungsschutzes	215
1. Ausschluss der ordentlichen Kündigung	215
a) Ausnahme bei Betriebsstilllegung	216
b) Ausnahme bei Stilllegung einer Betriebsabteilung ..	217
c) Sonstige Beendigungstatbestände	218
2. Außerordentliche Kündigung	219
a) Wichtiger Grund	219
b) Zustimmung des Betriebsrats	222
c) Ersetzung der Zustimmung	223
3. Rechtsfolge	225
a) Bei fehlender Zustimmung	225
b) Bei gerichtlicher Zustimmungsersetzung	225
4. Verzicht, Abdingbarkeit	226
5. Tendenzbetriebe	226

Kapitel 7 Der Abschluss von Betriebsvereinbarungen

I. Betriebsvereinbarungen	229
1. Einleitung	229
a) Allgemeines zu Betriebsvereinbarungen	229
b) Allgemeines zu formlosen Regelungsabreden	230
2. Zustandekommen einer Betriebsvereinbarung	232
a) Einigung der Betriebspartner	232
aa) Vertrag zwischen Betriebspartnern	232
bb) Sonderfall Gesamt- und Konzernbetriebsrat	233
cc) Beschlussfassung des Betriebsrats	233
b) Spruch der Einigungsstelle	234
aa) Erzwingbare Betriebsvereinbarungen	235
bb) Freiwillige Betriebsvereinbarungen	235
c) Form	236

aa) Schriftformerfordernis	236
bb) Folgen der Nichteinhaltung der Schriftform	238
cc) Aushang der Betriebsvereinbarung	238
3. Regelungsinhalt von Betriebsvereinbarungen	239
a) Zuständigkeitsbereich von Betriebsvereinbarungen	239
b) Räumlicher Geltungsbereich der Betriebsvereinbarung	240
c) Persönlicher Geltungsbereich der Betriebsvereinbarung	241
d) Zeitlicher Geltungsbereich der Betriebsvereinbarung	241
4. Grenzen von Betriebsvereinbarungen	242
a) Gesetzesvorrang	242
b) Tarifvorbehalt	243
aa) Grundzüge des Tarifvorbehalts	243
bb) Rechtsfolgen des Verstoßes gegen den Tarifvorbehalt	245
c) Günstigkeitsprinzip	245
aa) Grundzüge des Günstigkeitsprinzips	245
bb) Durchführung des Günstigkeitsvergleichs	246
5. Durchführung und Auslegung von Betriebsvereinbarungen	247
a) Auslegung von Betriebsvereinbarungen	247
b) Durchführung von Betriebsvereinbarungen	247
6. Beendigung und Nachwirken einer Betriebsvereinbarung	248
a) Kündigung	248
aa) Normalfall der Kündigung	248
bb) Fristlose Kündigung	249
b) Sonstige Beendigungsgründe	250
c) Nachwirkung von Betriebsvereinbarungen	251
aa) Grundsätzliches zur Nachwirkung	251
bb) Folgen der Nachwirkung	252
7. Rechtsstreitigkeiten um Betriebsvereinbarungen	252
8. Taktik bei Verhandlungen mit dem Betriebsrat	253
a) Betriebsvereinbarung oder Regelungsabrede	253
b) Festlegen einer Verhandlungsstrategie	254
c) Entwurf der Betriebsvereinbarung	255
d) Informelle Vorabgespräche	256
e) Verhandlung	256
II. Beispiel einer Betriebsvereinbarung	257

Kapitel 8 Bevorstehende Wahl eines Betriebsrats

I.	Voraussetzungen für die Errichtung eines Betriebsrats	263
1.	Betrieb	263
a)	Definition	263
b)	Gemeinsamer Betrieb mehrerer Unternehmen	265
c)	Betriebsteile	267
d)	Kleinstbetriebe	268
2.	Arbeitnehmerzahl	268
a)	Arbeitnehmer	268
b)	Wahlberechtigung (aktives Wahlrecht)	271
c)	Wählbarkeit (passives Wahlrecht)	271
II.	Größe und Zusammensetzung des Betriebsrats	272
1.	Anzahl der Betriebsratsmitglieder	272
2.	Zusammensetzung nach Beschäftigungsarten und Geschlechtern	275
III.	Die Wahl des Betriebsrats	276
1.	Wahlvorstand	276
2.	Wählerliste	278
3.	Wahlausschreibung	280
4.	Wahlvorschläge	283
5.	Wahlverfahren	285
a)	Wahlgrundsätze	285
b)	Wahlverfahren bei mehreren Vorschlagslisten	285
aa)	Stimmabgabe	285
bb)	Öffentliche Stimmauszählung	287
cc)	Verteilung der Betriebsratssitze	287
dd)	Wahlniederschrift	289
ee)	Benachrichtigung der Gewählten	289
ff)	Bekanntmachung der Gewählten	290
c)	Wahlverfahren bei nur einer Vorschlagsliste	290
d)	Briefwahl	291
e)	Vereinfachtes Wahlverfahren für Kleinbetriebe	293
aa)	Zweistufiges Wahlverfahren	294
bb)	Einstufiges Wahlverfahren	296
IV.	Rechtsbehelfe	296
1.	Entscheidung des Arbeitsgerichts über das Bestehen einer betriebsratsfähigen Organisationseinheit	296
2.	Rechtsschutz gegen Maßnahmen des Wahlvorstands	297
3.	Anfechtung der Betriebsratswahl	299

a) Voraussetzungen.	299
aa) Anfechtungsgründe	299
bb) Keine rechtzeitige Berichtigung	302
cc) Möglichkeit der Beeinflussung des Wahlergebnisses	303
b) Anfechtungsberechtigung	304
c) Anfechtungsfrist	304
d) Verfahren.	304
e) Wirkung	305
4. Nichtigkeit der Betriebsratswahl	306
a) Voraussetzungen.	307
b) Geltendmachung	308
c) Rechtsfolgen.	309

Kapitel 9 Freistellung und Vergütung der Betriebsratsmitglieder

I. Einleitung	313
II. Arbeitsfreistellung	313
1. Vorübergehende Freistellung aus konkretem Anlass.	314
a) Aufgaben des Betriebsrats	314
b) Erforderlichkeit der Arbeitsbefreiung	316
c) Durchführung der Freistellung	318
aa) Kein Zustimmungserfordernis	318
bb) Ab- und Rückmeldepflicht	318
cc) Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen.	320
2. Freizeitausgleich für Betriebsratsstätigkeit außerhalb der Arbeitszeit	322
a) Voraussetzungen.	322
aa) Betriebsratsstätigkeit	322
bb) Aus betriebsbedingten Gründen	323
cc) Außerhalb der Arbeitszeit	325
b) Anspruch auf Arbeitsbefreiung	325
c) Abgeltungsmöglichkeit	327
3. Generelle Freistellung bzw. Teilfreistellung	328
a) Zahl der Freistellungen	329
aa) Gesetzliche Staffel des § 38 Abs. 1 BetrVG	329
bb) Zu berücksichtigende Arbeitnehmer	329
cc) Änderung der Beschäftigtenzahl	330
dd) Teilfreistellungen	330
b) Wahl der freigestellten Amtsträger	331

aa) Beratung mit dem Arbeitgeber	331
bb) Wahlverfahren	331
cc) Einverständnis des gewählten Mitglieds	332
dd) Unterrichtung des Arbeitgebers	332
ee) Anrufung der Einigungsstelle	332
ff) Anfechtung und Nichtigkeit der Wahl	333
c) Wirkung der Freistellung	333
d) Ende der Freistellung	334
aa) Befristung	334
bb) Abberufung	334
cc) Widerruf der Zustimmungserklärung	335
bb) Ersatzfreistellung	335
e) Erweiterung der Freistellungen	335
III. Vergütung während der Freistellung	336
1. Ehrenamtsprinzip	337
a) Bedeutung	337
b) Verbot der Begünstigung	337
c) Rechtsfolgen bei Verstößen	339
aa) Betriebsratsmitglied	339
bb) Arbeitgeber	339
2. Verbot der Minderung des Arbeitsentgelts	339
3. Wirtschaftliche und berufliche Absicherung	341
a) Arbeitsentgeltgarantie	341
aa) Vergleichbare Arbeitnehmer	342
bb) Betriebsübliche Entwicklung	343
cc) Entgeltbemessung	344
b) Tätigkeitsgarantie	345

Kapitel 10 Betriebsversammlung

I. Allgemeines zur Betriebsversammlung	351
1. Zusammensetzung der Betriebsversammlung	351
2. Einberufung der Betriebsversammlung	351
3. Leitung der Betriebsversammlung	353
4. Anzahl und Arten der Betriebsversammlung	353
II. Immanente Grundsätze einer Betriebsversammlung	355
1. Beschlussfassung	355
2. Geschäftsordnung	356
3. Hausrecht	356
4. Nichtöffentlichkeit	357

5. Themen der Betriebsversammlung	359
III. Rechte und Pflichten des Arbeitgebers in der Betriebs- versammlung	361
1. Rederecht	361
2. Stimmrecht	362
3. Berichtspflicht des Arbeitgebers	362
4. Recht zur Beantragung einer Betriebsversammlung	365
IV. Zeitliche Lage der Betriebsversammlung u. Vergütungsan- spruch, § 44 BetrVG	366
V. Besondere Versammlungen	369
1. Betriebsversammlung zum Wahlvorstand	369
2. Betriebsräteversammlung, § 53 BetrVG	370
3. Versammlung der leitenden Angestellten, § 15 SprAuG	370
4. Jugend- und Auszubildendenversammlung, § 71 BetrVG	371
5. Versammlung schwerbehinderter Menschen im Betrieb, § 95 Abs. 6 SGB IX	372
6. Versammlungen für im Ausland beschäftigte Arbeit- nehmer	372
 Literaturverzeichnis	 373
 Stichwortverzeichnis	 375